NACHRICHTEN AG

01. Januar 2025

Gewalt bei Silvesterfeiern: Einsatzkräfte in Lebensgefahr!

Silvesternacht 2024: Gewalt gegen Einsatzkräfte in Osnabrück und anderen Städten. DPolG fordert politische Lösungen für mehr Sicherheit.

Osnabrück, Deutschland -

In der Silvesternacht 2025 zog die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) ein gemischtes Fazit über die Einsätze von Polizei und Rettungsdiensten. Anlässlich einer Pressekonferenz in Berlin äußerte sich der Bundesvorsitzende Rainer Wendt zu den Herausforderungen, die die Einsatzkräfte bewältigen mussten. Er lobte die hervorragende Arbeit, die die uniformierten Kräfte unter akuter Lebensgefahr leisteten.

Laut den Angaben der DPolG wurde das polizeiliche Einsatzkonzept als erfolgreich bewertet. Dieses Konzept

umfasste Voraufklärung, die Einrichtung von Verbotszonen, gezielte Ansprache von Gefährdern, Ingewahrsamnahmen und konsequentes Einschreiten. In Berlin, wo es besonders viele gewaltbereite junge Männer mit Migrationshintergrund gibt, zeigte sich eine große Erfahrung in der Führung von Mega-Einsätzen. Die DPolG warnte, dass die Situation in bestimmten Gebieten so angespannt sei, dass friedliche Bürger diese Orte aus Angst vor Gewalt meiden würden.

Politische Reaktionen und gesellschaftliche Debatte

Nach den Attacken auf Polizei und Rettungskräfte an Silvester entbrannte erneut die Debatte über politische Konsequenzen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) betonte, dass die meisten Orte in Deutschland einen friedlichen Jahreswechsel erlebt hätten. Sie verurteilte die Behinderung von Einsatzkräften und forderte härteste Strafen für die Täter. Auch Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) sprach von „bürgerkriegsähnlichen Zuständen“ und erklärte, dass eine rote Linie überschritten worden sei.

Zusätzlich forderte Dirk Wiese, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion, eine gesetzliche Stärkung des Schutzes für Einsatzkräfte. Der ehemalige Justizminister Marco Buschmann (FDP) wurde dafür kritisiert, nicht rechtzeitig für Fortschritt gesorgt zu haben. Das Deutsche Rote Kreuz rief zur Sensibilisierung der Bevölkerung für den Schutz von Einsatzkräften auf. Die Gewerkschaft der Polizei äußerte Besorgnis über den steigenden Personalbedarf zum Schutz von Bevölkerung und Rettungskräften, während Verdi die Gewalt gegen jene, die für das Gemeinwohl tätig sind, verurteilte und schärfere strafrechtliche Maßnahmen forderte.

In Bezug auf die Nacht selbst dokumentierte die Feuerwehr in Berlin 13 Übergriffe, was 17 weniger als im Vorjahr entspricht, allerdings ohne Verletzte. Berichte über Angriffe auf Polizei und Einsatzkräfte kamen auch aus Städten wie Köln, Leipzig und

Hamburg. In München wurden bei Randalen auf der Wittelsbacherbrücke fünf Polizeibeamte verletzt, und mehrere Festnahmen wurden vorgenommen. In Bonn feuerten vier Jugendliche mit einer Silvesterrakete auf einen schlafenden Obdachlosen, was Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung nach sich zog. Außerdem starben fünf Menschen beim Zünden von teils selbst gebauten Böllern, und in Bayern wurden mehrere Personen, darunter ein 14-jähriger Junge, verletzt.

Details	
Vorfall	Körperverletzung, Raub, Vandalismus
Ort	Osnabrück, Deutschland
Verletzte	6
Festnahmen	300
Quellen	• **oskurier.de** • **www.br.de**

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de